

Nairobi, den 15. August 1969

A k t e n n o t i z

über die Audienz von Herrn Bundesrat Dr. Willy SPUHLER
beim Präsidenten der Republik Uganda, Dr. Milton A. OBOTE,
im Parlaments Building in Kampala am 24. Juli 1969, 16.30 Uhr.

Anwesend:

Auf schweizerischer Seite:

- Bundesrat SPUHLER
- Botschafter FREY
- Konsul WALLER, Schweiz. Konsularagent in Kampala

Auf ugandesischer Seite:

- Präsident OBOTE
- Aussenminister Sam ODAKA
- Protokollchef

Nach der Begrüssung wendet sich das Gespräch der
wirtschaftlichen Entwicklung von Uganda zu:

Spühler verweist auf die günstigen natürlichen Voraussetzungen
des Landes. Seine Stabilität sei zudem eine wesentliche Hilfe
für die Entwicklung.

Obote: Die Grundlage der Entwicklung in Uganda ist die Land-
wirtschaft, die dank vieler kleinerer und mittlerer Betriebe
und dank dem Fehlen von Plantagen eine breite Einkommensstreu-
ung bringt, was der sozialen Struktur förderlich ist.

Sp.: Wir Schweizer haben hierfür Verständnis, da auch die
schweizerische Volkswirtschaft aus Kleinbetrieben entstanden
ist und auf diese Weise weite Kreise an der Einkommenszunahme
teilnehmen, was eine Voraussetzung für politische Stabilität
ist.



- 2 -

O.: Man hat Uganda die Schweiz Afrikas genannt. Auch wenn dies nur bedingt stimmen dürfte, so scheinen doch die Voraussetzungen für eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern günstig zu sein.

Sp.: In welchen Bereichen schwebt Ihnen eine solche Zusammenarbeit vor ?

In der Folge werden nachstehende Aktionen besprochen:

1. Murchison Falls Hydro-Electric Scheme:

O.: Wir sind an diesem Projekt sehr interessiert, da ein im Norden gelegenes Kraftwerk Strom nicht nur für das ganze Land, sondern auch für die angrenzenden Staaten liefern können.

Sp.: Auf dem Gebiet des Kraftwerkbaus führende schweizerische Firmen würden sich gerne an diesem Projekt beteiligen, und ein Bankenkonsortium ist bereit, einen bedeutenden Kredit zu kommerziellen Bedingungen zu gewähren.

O.: Dies ist erfreulich, und ich würde empfehlen, eine formelle Offerte an das Ministry for Economic Planning and Development zu richten, das für die Planung und Finanzierung verantwortlich ist.

2. Landwirtschaft

Frey: verweist auf seine Unterredung mit Vizepräsident Bahiha, der auch Minister for Animal Husbandry and Fisheries ist. Es wurde damals von Ranching und Milchindustrie gesprochen.

O.: sagt nichts von Ranching, betont aber, dass der Milchkonsum stark ansteige und daher weitere Anstrengungen notwendig sind, um die erreichte Selbstversorgung auch in der Zukunft zu sichern.

Sp.: bietet hierfür eine Feasability Study an, die die Voraussetzung jeglicher Hilfsaktion auf diesem Gebiet ist.

O.: ist nicht dagegen, verweist aber auf die bereits gemachten Vor- und Ausführungsstudien, die der schweizerischen Seite

zugänglich sind, was die Untersuchungen erleichtern dürfte.

3. Tourismus:

Sp.: Der Tourismus in Ostafrika dürfte weiter zunehmen, und die Ausbildung von Hotelpersonal ist daher eine Notwendigkeit. Wir könnten hierbei behilflich sein.

O.: Wir sind dabei, das Hotelnetz auszubauen und auch die Verbindungsstrassen zu verbessern. Hotelpersonal ist nötig, doch wären wir an einer schweizerischen Hilfe für den Tourismus im Allgemeinen interessiert. (Man hatte den Eindruck, dass Obote lieber keine Hotelfachschule möchte, da offenbar die Engländer schon in der Sache aktiv sind).

4. Banken:

O.: fragt, ob die Schweiz eventuell auf diesem Gebiet Hilfe leisten könnte. Die Grossbanken sind in englischen Händen, und die Ueberführung an einheimische Kader geht nur langsam vorwärts. Andere Banken sind aber zu einer raschen Afrikanisierung bereit. Hierfür fehlt aber ausgebildetes Personal. Man könnte z.B. daran denken, dass die Schweiz Lehrer für die Handelsschule stellt und die Schüler nach dem Examen zur praktischen Weiterbildung in die Schweiz gehen. Uebrigens hat die schweizerische Regierung bereits einen Experten für die Zentralbank gestellt, dessen Vertrag aber abgelaufen ist. (Es handelt sich um Herrn Agathon Aerni, der nun Vizedirektor bei der Schweiz. Volksbank in Bern ist).

Sp.: verspricht, die Angelegenheit zu prüfen.

5. Finanzhilfe und Investitionsschutz:

Sp.: Die Schweiz leistet finanzielle Hilfe bloss für bestimmte Projekte oder gibt Beiträge für regionale Entwicklungsbanken.

O.: Die East African Development Bank mit Sitz im Kampala arbeitet zu 60% mit Mitteln der drei ostafrikanischen Länder und kann weitere 40% aus dem Ausland beziehen. Daneben besteht die Uganda Development Corporation, die mit staatlichen und

- 4 -

privaten Mitteln arbeitet. Es wäre erwünscht, dass sich auf diese Weise privates Kapital aus der Schweiz an der Entwicklung von Uganda beteiligt.

Sp.: Um privates Kapital anzuziehen, ist der Abschluss eines Abkommens über den Schutz privater Investitionen nötig. Dies wäre das Gegenstück zu eventueller staatlicher Hilfe.

O.: Verfassung und Gesetz sichern in Uganda das Privatkapital. Ueberdies bietet die Uganda Development Corporation dem privaten Investor aus dem Ausland alle Garantien. Wir stehen daher dem Abschluss von Investitionsschutz-Abkommen grundsätzlich positiv gegenüber.

Frey erinnert an seine nun bald zweijährigen Bemühungen und Odaka bestätigt, dass die Sache seit längerem in Prüfung ist.

O.: Wir sind bereit, mit den Verhandlungen sofort zu beginnen, allerdings erst nach dem Papstbesuch. (Frey hat in der Zwischenzeit Aussenminister Odaka um Fixierung eines Datums nach seiner Rückkehr aus den Ferien Mitte Oktober ersucht).

6. Nigeria/IKRK:

Sp.: verweist auf die Schwierigkeiten des IKRK in Nigeria und möchte gerne wissen, wie dies von Kampala aus gesehen wird.

O.: Der Nigeria-Konflikt, der für ganze Afrika höchst betrüblich ist, hat zwei Aspekte:

- Der Krieg sollte so rasch als möglich beendet werden, und dies ist in erster Linie eine Verantwortung der Afrikaner. Doch ist es für diese schwierig, eine Lösung zu finden, solange sich fremde Mächte mit Waffenlieferungen einmischen. An der nächsten OAU-Konferenz in Addis-Abeba im September soll ein neuer Anlauf genommen werden. Uganda bemüht sich um eine Beilegung des Konflikts und nimmt eine neutrale Haltung ein.
- Die Hilfsaktionen des IKRK sollten weitergehen, und es wäre zu wünschen, dass Lagos in dieser Hinsicht seine "strong attitude" aufgibt. Uganda anerkennt die Bemühungen des IKRK.

Die in herzlicher Atmosphäre verlaufene Unterredung dauerte 40 Minuten.